

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Aserbaidschan macht mit

(spk) Das Parlament der sowjetischen Kaukasusrepublik Aserbaidschan hat sich überraschend für die Durchführung des unionsweiten Referendums über den Erhalt der UdSSR ausgesprochen. Laut der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS entschieden sich die Abgeordneten «nach mehrstündiger heftiger Debatte» für eine Beteiligung am Unionsreferendum.

Serben ausreisen lassen

Der Präsident Serbiens, Slobodan Milosevic, hat Albanien Staats- und Parteichef Ramiz Alia aufgefordert, alle Serben aus Albanien ausreisen zu lassen. Über ein entsprechendes Schreiben Milosevics an Alia berichteten die jugoslawischen Zeitungen am Freitag. Die Zahl der in Albanien lebenden ausreisewilligen Serben wird auf 25 000 geschätzt.

Dollar-Millionen

Belohnungen bis zu 2 Mio Dollar zahlt die amerikanische Regierung für Angaben, die zur Ergreifung von Terroristen führen, die Anschläge auf Amerikaner oder amerikanisches Eigentum planen oder ausgeführt haben. Dies wurde am Freitag von der amerikanischen Botschaft in Bonn bekanntgegeben.

Vaduz: Weichen für städtebauliche Konzepte neu gestellt

Zwei Ideenwettbewerbe für Überbauung des Areals Städtle und Planung der Landes- und Gemeindebauten im Äule-Bereich abgeschlossen

(mö) - Die Gemeinde Vaduz hat die Weichen für eine neue städtebauliche Gesamtkonzeption für die Ortsgebiete Städtle und Äule gestellt, die eine etappenweise und wirtschaftliche Neuüberbauung dieser beiden Gebiete ermöglichen könnte. Als Grundlage dafür dienen der Gemeinde zwei städtebauliche Ideenwettbewerbe, wobei jener für das Areal Äule gemeinsam mit dem Land durchgeführt wurde, nachdem dort sowohl Landes- wie Gemeindebauten tangiert werden. Die Wettbewerbsprojekte sind in dieser Woche von einem Preisgericht beurteilt und am Donnerstagabend im Vaduzer Rathausaal dem Gemeinderat und der Presse vorgestellt worden. Vom 11. bis 20. März sind die Arbeiten öffentlich ausgestellt.

Die beiden Ideenwettbewerbe, aus denen der Vaduzer Architekt Hubert Ospelt jeweils als Sieger hervorging, waren sowohl inhaltlich wie organisatorisch miteinander verknüpft. Mit den Wettbewerben ist ausserdem, so war am Donnerstag zu erfahren, die Absicht verbunden, in den beiden Teilbereichen Städtle (begrenzt durch die Altenbachstrasse, das Beckagässle und die Äulestrasse) sowie Äule geänderte und neue Planungsinstrumente zu schaffen, d.h. vor allem eine Anpassung der Zonenordnung vorzunehmen und einen Richtplan bzw. Überbauungspläne auszuarbeiten.

Sonderbauvorschriften anpassen

Den Teilnehmern des Ideenwettbewerbs für das Städtle oblag die Aufgabe, in ihre Überbauungen u. a. Vorschläge für eine Rathuserweiterung, für Nutzungs- bzw. Verlegungskonzepte zum Vaduzer Saal sowie für die erweiterten Freizeitbedürfnisse der Gemeinde zu integrieren. Ausserdem wurden Vorschläge für einen Hotelbau anstelle des Vaduzerhofes erwartet. Wie Architekt und Planer Claude Ruedin aus Zürich, der als beratender Zentrumsplaner die Wettbewerbe vorbereitete und die Vorprüfung durchführte, am Informationsabend erklärte, drängt sich im Zusammenhang mit den neuen Überbauungsplänen auch eine



Bürgermeister Arthur Konrad (links) und Architekt Claude Ruedin aus Zürich informieren am Donnerstagabend im Vaduzer Rathausaal den Gemeinderat und die Presse über die Ergebnisse der beiden städtebaulichen Ideenwettbewerbe für die Städtle-Überbauung sowie die Planung der Landes- und Gemeindebauten im Bereich des Schularaals Äule. (Bild: Roland Korner)

Neudefinition der Sonderbauvorschriften im Kernbereich auf. Die heute gültigen Vorschriften, wie sie etwa im Bereich des Rathauses bestehen, stammen aus dem Jahre 1971 und müssen jetzt den geänderten Erfordernissen angepasst werden.

Planung öffentlicher Bauten

Eine Reihe viel konkreter Fragen galt es laut Claude Ruedin beim Ideenwettbewerb für die Planung der Landes- und Gemeindebauten im Bereich des Schularaals Äule zu beantworten. Was die sanierungsbedürftige Primarschule betrifft, stehen sowohl ein Neubau wie auch eine Sanierung (mit Kosten von mehreren Millionen Franken) zur Diskussion. Eine abschliessende Antwort wird der Gemeinderat geben müssen. Den Vaduzer Saal bezeichnete Ruedin als «überforderten Vereinssaal», dessen Erschliessung über die Schule nicht befriedigen könne. Auch hier dränge sich die Frage auf: Sanierung des Vorhandenen oder Neubau?

Was die öffentlichen Bauten und Anlagen des Staates anbelangt, sind in naher Zukunft Lösungen für die bisher nur provisorisch untergebrachte Bibliothek und das mit Raumproblemen kämpfende Landgericht zu suchen. Die Landesverwaltung verlangt generell nach einer Zukunftsvorstellung, wie ihre Raumbedürfnisse befriedigend abgedeckt werden können. Schliesslich gilt es nach Ruedin auch das Problem der Verkehrserschliessung im Gebiet Äule anzugehen, ausserdem sollten darin noch Wohnungen integriert werden. Beim Äule-Ideenwettbewerb hat das Preisgericht nicht nur das erstrangierte Projekt von Hubert Ospelt, sondern auch dasjenige des Churer Architekten Richard Brosi zur Überarbeitung im Sinne eines Vorprojektierungsauftrages empfohlen. Die endgültige Beurteilung wird demnach erst in einigen Monaten erfolgen.

Enttäuschende Beteiligung

Nachdem die beiden Ideenwettbewer-

be allen Fachleuten mit Wohn- oder Geschäftssitz im Land offenstanden und ausserdem elf Architekten zum Beispiel dazu eingeladen wurden, zeigten sich die Verantwortlichen über die Beteiligung (jeweils acht Projektverfasser) etwas enttäuscht. Das Ergebnis sei, so betonte Claude Ruedin am Donnerstag, aber dennoch sehr positiv ausgefallen. Zum Teil hätten sich bereits eindeutige Lösungen herauskristallisiert. Als positiv wertete er ausserdem den Umstand, dass alle betroffenen Grundeigentümer in die Vorbereitungen miteinbezogen wurden und ihre Gedanken einbringen konnten.

Der Vaduzer Gemeinderat wird sich laut Bürgermeister Arthur Konrad in einer seiner nächsten Sitzungen mit den Ergebnissen der Wettbewerbe ausführlich befassen und weitere Schritte in die Wege leiten.

(Nähere Einzelheiten zu den Ideenwettbewerben und zu den erstrangierten Projekten auf Seite 5.)



10. WM-Rang für Markus Hasler

Mit dem glänzenden 10. Rang im 30 km-Bewerb (Freistil) schloss der Eschner Markus Hasler gestern seinen Einsatz an den Junioren-Langlauf-Weltmeisterschaften trotz gesundheitlicher Beschwerden äusserst positiv ab. Der 19jährige LSV-Junior lag zu Beginn des bei Reit im Winkl (D) ausgetragenen Rennens zunächst gar auf Medailenkurs. Erst auf der letzten der vier Runden musste er seinem hohen Anfangstempo Tribut zollen. Mit einer Laufzeit von 1:30:34 Stunden und dem 10. Rang vermochte er sich aber dennoch in der Weltspitze zu etablieren. Weltmeister wurde wie bereits im 10 km-Bewerb der Norweger Alsgaard, auf welchen der LSV-Junior 4:59 Minuten einbüsste.

Bestrebungen zur regionalen Verkehrszusammenarbeit

Das Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs liegt dem Landtag erneut vor

(G.M.) - Im vergangenen Herbst hat der Landtag zustimmend von einer Gesetzesvorlage der Regierung zur Förderung des öffentlichen Verkehrs Kenntnis genommen und die erste Lesung der Vorlage durchgeführt. Bevor sich das Parlament in der Detailberatung mit dem Gesetzesentwurf in seiner nächsten Sitzung erneut befasst, hat die Regierung aufgrund der verschiedenen Meinungsäusserungen im Landtag einen ergänzenden Bericht erstellt. Da der Landtag nur wenige konkrete Aenderungen beantragt hatte, beschränkt sich der Regierungsbericht auf einige einzelne Abänderungsanträge gegenüber der ursprünglichen Vorlage.

Einleitend legt die Regierung in ihrem Bericht nochmals dar, dass das Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs dem Antrag der VU-Motion folge, wonach die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die rasche und wirkungsvolle Durchsetzung des Konzeptes für den öffentlichen Verkehr verlangt werden sei. Im Bericht wird zudem unterstrichen, dass gemäss diesen Forderungen nicht die Realisierung eines Gesamtverkehrskonzeptes, das auch den motorisierten und nicht motorisierten Individualverkehr einbeziehe, vorgesehen sei, sondern sich die gesetzlichen Vorschriften auf die Förderung des öffentlichen Verkehrs beschränke.

Schwergewicht auf dem Bus-System

Wie bereits im Verkehrskonzept von 1988 dargelegt, das der Landtag zustimmend zur Kenntnis genommen hat, legt die Regierungsvorlage das Schwerkgewicht auf das Bus-System. Aufgrund der

Siedlungsstruktur ist nach Auffassung der Regierung das Bus-System allen anderen Verkehrssystemen überlegen, womit der Gesetzgeber mit der Verabschiedung des vorgelegten Verkehrsförderungsgesetzes diesem System den Vorrang vor anderen Trägern des öffentlichen Verkehrs einräumen wird. In ihrem Zusatzbericht macht die Regierung allerdings darauf aufmerksam, dass die gewählte Formulierung, wonach die Förderung «in erster Linie» durch den Ausbau des Bus-Systems erfolgen soll, die Förderung anderer Verkehrsträger nicht ausschliesst, sofern diese für die Zwecke des öffentlichen Verkehrs sinnvoll nutzbar gemacht werden können. Aus diesem Grund schlägt die Regierung eine Aenderung des ursprünglichen Zweckartikels vor, wo es jetzt heisst, dass «Massnahmen zugunsten

eines umweltverträglicheren Personennahverkehrs» gefördert werden sollen. Nach Angaben der Regierung wäre als ergänzende Massnahme die Einführung eines Ruf-Sammeltaxis für Randzeiten in Frage, zu denen kein oder nur ein beschränkter Linienverkehr geführt werde.

Grenzüberschreitende Koordination

Im Landtag war während der Eintretensdebatte auch die Frage nach einem grenzüberschreitenden regionalen Verbundsystem aufgeworfen worden. Unter Verbundsystem versteht die Regierung, wie sie im Bericht formuliert, ein hochintegriertes System, das eine Vielzahl von öffentlichen Verkehrsträgern umfasst und dabei nicht nur einen einheitlichen Tarif, sondern auch eine einheitliche Organisations- und Finanzierungsstruktur sowie eine zentrale Leitung umfasst. Die Voraussetzungen zur Schaffung eines solchen Verbundsystems sind nach Auffassung der Regierung in unserer Region nicht vorhanden. Allerdings führt die Regierung, wie sie in ihrem Bericht anführt, Gespräche mit den zuständigen Behörden der Nachbarländer über die Möglichkeiten von Verbesserungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Im Vordergrund stehe dabei das Problem des grenzüberschreitenden Berufsverkehrs. Zusammen mit den Voralberger Behörden sei eine Studie in Auftrag gegeben worden, um die Grenzgängerströme zu analysieren und die Möglichkeit des Einsatzes der Eisenbahn zur Bewältigung dieser Verkehrsströme zu prüfen. Auch der von den privaten Unternehmen betriebene Werkverkehr werde in die Untersuchung miteinbezogen.

Sesam-System

Um den Postautos bei den Verkehrsampeln besser Vortritt gewähren zu können, wurde das sogenannte «Sesam-System» überprüft. Mit diesem System kann der Wagenführer im Postauto die Ampelanlage auf «Grün» steuern, womit das Postauto freie Fahrt gewinnt. In der kommenden Woche wird Regierungsrat Wilfried Büchel das «Sesam-System» an der Lindenkreuzung in Schaan der Öffentlichkeit vorstellen, nachdem entsprechende Versuche zu erfolgsversprechenden Lösungen gekommen sind.

Deutschland: massive Investitionshilfen

Bonn (AP) Für die Ankurbelung der ostdeutschen Wirtschaft hat das Bundeskabinett am Freitag massive Investitionshilfen sowie höhere Steuern zu ihrer Finanzierung beschlossen. Nach der Sitzung äusserten führende Regierungsmitglieder die Erwartung, dass der Aufschwung in den neuen Ländern jetzt tatsächlich in Gang kommt.

Finanzminister Theo Waigel sagte, das auf 24 Milliarden Mark aufgestockte Gemeinschaftswerk für Ostdeutschland sei als «Initialzündung» geschaffen. Die Steueranhebungen rechtfertigte er als «unabweisbar» und sozial ausgewogen.

Das Kabinett billigte den Entwurf des sogenannten Solidaritätsgesetzes, mit dem zum 1. Juli für zwölf Monate eine Ergänzungsabgabe auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer eingeführt sowie die Mineralöl-, Erdgas-, Versicherungs- und Tabaksteuer dauerhaft angehoben wird.

BRILLEN

AUGEN OPTIK MARXER

Vaduz
Städtlemarkt
Tel. 28202

STARK WIE IMMER, IN BÜROBELM, BÜRORÄTEN, BÜROSYSTEMEN.

BÜRO-MARKER

Im Alten Riet 38, 9494 Schaan, 075/2 01 70
Grünaustrasse 25, 9470 Buchs, 085/6 33 09